SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

"We're in the Arab World, man. Forget democracy.": Die schwierige Transformation autoritärer Regime in Nahost

Mattes, Hanspeter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mattes, H. (2008). *"We're in the Arab World, man. Forget democracy.": Die schwierige Transformation autoritärer Regime in Nahost.* (GIGA Focus Nahost, 8). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275982

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 8
2008
4,- Euro
ISSN 1862-3611

NAHOST

»We're in the Arab World, man. Forget democracy.« Die schwierige Transformation autoritärer Regime in Nahost

Hanspeter Mattes

Die Vorbereitung der republikanischen Erbfolge in Ägypten durch Gamal al-Mubarak, der Staatsstreich in Mauretanien vom August 2008 oder die Ankündigung Saif al-Islam Qaddafis, sich ins Ausland zu begeben und vorerst seine politischen Reformaktivitäten in Libyen einzufrieren, sind die gegenwärtig offensichtlichsten Beispiele dafür, dass es um eine politische Reform der autoritären Systeme in Nordafrika und Nahost (de facto alle Staaten der Region mit Ausnahme Israels) schlecht bestellt ist.

Analyse:

Die arabischen Staaten weisen unabhängig von der Ausprägung ihres jeweiligen politischen Systems – ob Monarchie, Republik oder „Volksmassenstaat" (arab. *jamahiriya*) wie in Libyen – autoritäre Züge auf, die zwar in ihrem Charakter variieren, aber bislang in keinem Staat durch politische Reformen überwunden wurden. Die in allen Staaten durchaus vorhandene Opposition konnte keine politische Öffnung herbeiführen. Erfolgreiche Machtwechsel wie in Tunesien 1987, im Sudan 1989 oder in Mauretanien 2005 halfen nicht, demokratische Strukturen zu verankern.

- Hohe Anpassungsfähigkeit der autoritären Regime an interne und externe Herausforderungen gepaart mit der Existenz funktionsfähiger Sicherheitsdienste begünstigen die Langlebigkeit der vorhandenen Systemstrukturen in Nahost.
- Nicht nur der Staat, auch die Gesellschaft und die Zivilgesellschaft einschließlich der politischen Parteien in der Region sind autoritär strukturiert und bieten kaum überzeugende Gegenmodelle; selbst das islamistische Modell – das in sich Pluralismus ausschließt – hat deutlich an Attraktivität und Mobilisierungsfähigkeit verloren.
- Ein breites Spektrum sich gegenseitig verstärkender Hemmfaktoren (Repression, neopatrimoniale Strukturen, religiöse Aspekte etc.) erschwert oppositionelles Handeln; in den hierarchisch strukturierten arabischen Gesellschaften haben demokratische Verfahrensweisen kaum Chancen, akzeptiert zu werden.
- Die Demokratieförderung durch externe (westliche) Akteure ist mit dem Makel „interventionistisch" und „unislamisch" behaftet.

Schlagwörter: Politische Systeme, autoritäre Regime, Demokratisierung, Legitimation

1. Die Entwicklung der politischen Systeme in Nahost

Die Entwicklung der politischen Systeme in Nahost seit dem Zweiten Weltkrieg oder seit Gründung der Arabischen Liga (22.3.1945) ist in doppelter Weise eng an den Prozess der Dekolonisierung gebunden: Zum einen führte die Aufgabe des Kolonialbesitzes durch Frankreich und Großbritannien zur Gründung neuer unabhängiger Staaten[1] und zum anderen war die koloniale Vergangenheit in vielen Fällen für die Ausprägung der konstitutionellen Grundlage des neuen Staates maßgeblich. Ein typisches Beispiel war die 1951 verabschiedete Verfassung des Königreiches Libyen, die als Folge der britischen Militärherrschaft seit 1943 eng am britischen Westminster-Modell ausgerichtet war und vom Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Landes Dezember 1951 bis zum Sturz der Sanusi-Monarchie September 1969 in Kraft war.

In allen arabischen Staaten des Nahen Ostens sind seit der Unabhängigkeit Verfassungen in Kraft, die in mehr oder weniger langen Texten die Grundrechte sowie die Befugnisse von Exekutive, Legislative und Judikative regeln.[2] Zwischen normativem Verfassungstext und Verfassungsrealität besteht aber in jedem arabischen Staat eine breite Kluft, weil die an westlichen Normen orientierten Verfassungstexte abgehoben von den politischen und gesellschaftlichen Realitäten formuliert wurden. Ergebnis war, dass zwar in der Regel die formalen Inhalte der Verfassung wie die Wahl des Präsidenten oder die Wahl der Volksvertretung eingehalten wurden – zumindest solange dies nicht durch einen militärischen Staatsstreich wie zuletzt am 6.8.2008 in Mauretanien außer Kraft gesetzt wurde –, in der Realität aber informelle, stark personalisierte und damit extrem hierarchische und autoritär geprägte Entscheidungsstrukturen das politische System kennzeichneten. Dies galt und gilt nicht nur für die Monarchien in Marokko, Jordanien und Saudi-Arabien sowie die Emirate/Sultanate der kleineren Golfstaaten, in denen die Könige/Emire stets herrschen und regieren, sondern für alle Republiken, deren Präsidenten mit umfangreichen Prärogativen ausgestattet sind, und dies bei gleichzeitig minimaler oder ganz fehlender Kontrolle durch eine gewählte Körperschaft.

Die Ausprägung der autoritären politischen Systeme und damit die Entfernung vom normativen Verfassungstext vollzogen sich in den arabischen Staaten nach der Unabhängigkeit allerdings je nach Staat mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und in unterschiedlichen Phasen sowie unter divergierenden Voraussetzungen.[3] Zwei Phänomene waren hierbei staatenübergreifend wirksam:

1. Der arabische Sozialismus als Oberbegriff für das von Ägyptens Staatschef Nasser in den 1950 Jahren entwickelte Verfassungsmodell auf der Basis der Einheitspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) als Bündnis revolutionärer Arbeiter und Bauern. Dieses Verfassungsmodell inspirierte in den 1960er Jahren – wenngleich in unterschiedlichem Maße – sukzessive die innenpolitische Entwicklung u. a. in Algerien, dem Jemen, dem Sudan, Libyen und Syrien (Büren 1970, 1972). Direkte Folge des Führungsanspruches der ASU (wie auch der Einheitspartei *Front de Libération Nationale* (FLN) in Algerien oder der Baath-Partei in Syrien und dem Irak) war, dass der Handlungsspielraum jeglicher Opposition eingeschränkt wurde und kritische Meinungsäußerungen als konterrevolutionär verfolgt wurden.[4]
2. Die Entstehung starker islamistischer Bewegungen, deren Ursachen vielfältig sind, die aber seit den 1980er Jahren nach dem Vorbild der islamischen Revolution im Iran 1979 die in ihren Augen korrupten und unfähigen Staatsführungen herausforderten und nach der Rückkehr der arabischen Mujahidin aus Afghanistan seit Anfang der 1990er Jahre auch militärisch bekämpften. Die antiislamistische Repression der Sicherheitskräfte von Syrien bis zum Jemen, von Marokko

1 Gründungsstaaten der Arabischen Liga 1945 waren Ägypten, der Irak, der Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien, es folgten das 1951 unabhängig gewordene Libyen, die 1956 aus französischer Kolonialherrschaft entlassenen Staaten Marokko und Tunesien sowie Mauretanien (Unabhängigkeit 1960) und das im Juli 1962 nach blutigem Befreiungskampf unabhängig gewordene Algerien; von Großbritannien unabhängig wurden 1956 der Sudan, 1961 Kuwait, 1971 die Golfstaaten Bahrain und Katar und die VAE.

2 Ausnahme war bis zur Verabschiedung eines Grundgesetzes (*al-nizam al-asasi lil-hukm*) im Jahre 1992 Saudi-Arabien, dessen Staatsordnung auf der islamischen Scharia basierte.

3 So war in Marokko stets ein Mehrparteiensystem verankert und in manchen Staaten zumindest periodisch ein Einparteisystem vorherrschend (z. B. Ägypten bis 1976, Algerien bis 1989), während Parteien bis heute z. B. in Saudi-Arabien, Oman und Libyen verboten sind.

4 Insofern die politischen Umgestaltungen stets mit dem Begriff „revolutionär" belegt wurden (ägyptische Revolution Nassers, libysche Revolution 1969, Mai-Revolution Numairis im Sudan 1969, jemenitische Revolution etc.), war das Aufbegehren gegen die revolutionäre Ordnung Hochverrat und wurde folglich gemäß der Gesetze zum Schutze der Revolution mit dem Tode bestraft.

bis Ägypten hat die bereits zuvor desolate Menschenrechtslage (u. a. Organisationsverbot, Verbot von Versammlungen, Zensur, Folter) noch verschlechtert und den autoritären Charakter der politischen Systeme verstärkt. Die nach dem Terroranschlag vom 11.9.2001 unter dem Druck des US-Krieges gegen den Terror auch in den arabischen Staaten umgesetzte Terrorismusbekämpfung hat das Vorgehen gegen missliebige Opposition zusätzlich offiziell legitimiert.

Resultat der genannten Entwicklungen war, dass in den arabischen Staaten seit ihrer Unabhängigkeit (mit temporärer Ausnahme des Libanon bis zum Bürgerkrieg 1975) de facto keine demokratischen politischen Systeme entstanden sind und es seither auch keine Entwicklungen gegeben hat, die erfolgreich die Front der bestehenden autoritären Staaten aufgebrochen hätten. Weder das Ende der osteuropäischen kommunistischen Staaten Anfang der 1990er Jahre, das Hoffnungen auf eine Demokratisierung auch im arabischen Raum aufkommen ließ, noch kurzfristige Liberalisierungstendenzen wie jene in Syrien unter dem neuen Präsidenten Bashshar al-Asad 2001 – der so genannte „Damaszener Frühling" – oder spektakuläre Einzelmaßnahmen wie die Einführung des Frauenwahlrechts in Kuwait haben dauerhafte Spuren hinterlassen. Einerseits stellt Schlumberger (2008, S. 140) deshalb zu Recht fest, dass die arabische Welt aus konsolidierten und starken autoritären Regimen besteht und die arabische Region die einzige weltweit ist, die sich seit Ende der 1980er Jahre insgesamt als gleichbleibend illiberal erwiesen hat und in der es kein einziges Beispiel für einen demokratischen Systemwechsel gibt. Die Bewertung der arabischen Staaten im *Index der politischen Freiheit* von Freedom House ist deshalb auch seit 1972 nahezu unverändert geblieben[5] (Mehrheit der Staaten „not free", siehe Tabelle 1) und auch der Bertelsmann Transformationsindex 2008 vermerkt, dass infolge der unverändert autokratischen Herrschaftsmuster die politische Systemtransformation stagniert.

Das heißt andererseits nicht, dass es in den arabischen Staaten vor allem seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der 1980er Jahre keinen politischen Wandel im Sinne von Anpassungen insbesondere an politische und wirtschaftliche Herausforderungen gegeben hat. Diese Anpassungen erfolgten in Form von Reformmaßnahmen, die von der politischen Spitze ausgingen wurden und laut Ottaway/Dunne (2007) in drei Kategorien gruppiert werden können:

1. Eingriffe in das Institutionengefüge (z. B. Einführung von zwei Parlamentskammern, Zulassung pluraler Präsidentschaftswahlen wie in Tunesien oder Ägypten), ohne dass dadurch die reale Machtverteilung verändert worden wäre,
2. Maßnahmen zur Verbesserung von Bürgerrechten (z. B. Abschaffung von Sondergerichten, Verbesserung der Informationsfreiheit durch Zulassung privater Medien) ohne Reform des Institutionengefüges und der Machtverhältnisse und
3. die Billigung oder gar Anerkennung von Opposition (z. B. in Syrien Zulassung von Bürgerforen, Einführung nationaler Dialoge unter oppositioneller Beteiligung wie in Saudi-Arabien), ohne Rückwirkungen auf die Systemstruktur zuzulassen.

Die arabischen Staatsführungen sind in der „Modernisierung des Autoritarismus" und damit der Stabilisierung ihrer langjährigen Herrschaft bislang unübertroffen.

2. Die Typen autoritärer Herrschaft in Nahost

Die gegenwärtigen politischen Systeme der arabischen Staaten lassen sich je nach zugrunde gelegter Typologie unterschiedlich strukturieren. Jenseits der klassischen Unterscheidung in Monarchien[6] und Republiken[7], wobei in den arabischen Staaten beide autoritär sind und Russel Lucas deshalb zu Recht vom „monarchical authoritarianism"[8] spricht, ist es von weitaus größerem Interesse, die systemischen Binnenstrukturen der einzelnen autoritären Staaten zu durchleuchten. Wenngleich sich die Klassifizierung als autoritär in den letzten Jahrzehnten nicht verändert hat, so ist doch ein Wandel der Systemstrukturen erkennbar, wobei drei Muster am auffälligsten sind:

5 Vgl. hierzu auch die Tunesierin Souhayr Belhassen, Präsidentin der *International Federation for Human Rights* (FIDH): Le monde arabe ne s'est pas démocratisé, in: Le Soir, Brüssel, 1.2.2008.

6 Trotz der differierenden Bezeichnung sind auch die Emirate und das Sultanat Oman Monarchien mit erblicher Herrscherfolge.

7 Einzige Ausnahme ist Libyen; der Staat bezeichnete sich von 1969 bis 1977 als Republik (*jumhuriya*), seither als *jamahiriya*, d. h. (direktdemokratisch organisierter) Staat der Volksmassen (*jamahir*).

8 Vgl. den gleichnamigen Beitrag in: International Journal of Middle East Studies, Washington, D.C., 2004, S. 103-119.

Tabelle 1: Bewertung der Nahost-Staaten von Freedom House

Staat	2008	2000	1992	1972
Ägypten	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF	5 / 6 / PF	6 / 6 / NF
Algerien *	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF	7 / 6 / NF	6 / 6 / NF
Bahrain	5 / 5 / PF	7 / 6 / NF	6 / 5 / PF	6 / 5 / NF
Irak *	6 / 6 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF
Jemen	5 / 5 / PF	5 / 6 / NF	6 / 4 / NF	Nordjemen: 4 / 4 / PF Südjemen: 7 / 7 / NF
Jordanien	5 / 4 / PF	4 / 4 / PF	3 / 3 / PF	6 / 6 / NF
Katar *	6 / 5 / NF	6 / 6 / NF	7 / 6 / NF	6 / 5 / NF
Kuwait *	4 / 4 / PF	4 / 5 / PF	5 / 5 / PF	4 / 4 / PF
Libanon	5 / 4 / PF	6 / 5 / NF	5 / 4 / PF	2 / 2 / F
Libyen *	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	7 / 6 / NF
Marokko	5 / 4 / PF	5 / 4 / PF	6 / 5 / PF	5 / 4 / PF
Mauretanien	4 / 4 / PF	6 / 5 / NF	7 / 6 / NF	6 / 6 / NF
Oman	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF	6 / 5 / PF	7 / 6 / NF
Palästinensische Autonomiegebiete	5 / 6 / NF	2002: 5 / 6 / NF	k. A.	k. A.
Saudi-Arabien *	7 / 6 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	6 / 6 / NF
Sudan *	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	6 / 6 / NF
Syrien *	7 / 6 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF	7 / 7 / NF
Tunesien *	7 / 5 / NF	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF
VAE *	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF	6 / 5 / NF	7 / 5 / NF

* = Einstufung 1972 bis 2008 unverändert.

Erster Wert: *Political Rights* (Bestnote 1, schlechteste Note 7).
Zweiter Wert: *Civil Rights* (Bestnote 1, schlechteste Note 7).
Dritter Wert: F = *free*, PF = *partly free*, NF = *not free*.

Quelle: Freedom House: Freedom in the World, Berichte seit 1972.

1. Die Zahl der Militärregime hat abgenommen; waren in den 1960er/1970er Jahren Staaten wie Algerien, der Sudan, Libyen, der Jemen, Syrien oder der Irak Regime, an deren Spitze Offiziere mit weitreichenden Prärogativen standen, so sind heute die Militärs zwar immer noch die Garanten der jeweiligen Regime, das Militär ist allerdings in den Hintergrund getreten. Abgesehen vom Sturz Saddam Husains 2003 ist dieser Prozess am deutlichsten in Syrien zu beobachten; er fand jedoch gleichfalls in Ägypten, Algerien, dem Sudan und dem Jemen statt. Es gibt aber auch den Gegentrend. In Mauretanien haben im August 2008 Offiziere um General Ould Abd al-Aziz den erst 2007 demokratisch gewählten Präsidenten Sidi Ould Cheikh Abdallahi gestürzt.
2. Die bestehenden Einparteiregime transformierten sich ausnahmslos in Mehrparteienregime: den Anfang dieser Entwicklung machte 1976 Ägypten, als aus der Einheitspartei ASU zunächst drei Parteiforen geschaffen wurden, die den Übergang zum Mehrparteiensystem ermöglichten; in Algerien wurde im Februar 1989 mit der neuen Verfassung das Monopol des FLN abgeschafft; in Libyen und dem Sudan wurde die dort gleichfalls herrschende ASU 1977 bzw. 1985 überwunden, auch wenn die sich herausbildenden alternativen Strukturen nicht das Attribut „demokratisch" verdienen.[9] Andererseits sind die Mehrparteienregime, ob die verfassungsmäßig „alten", wie in Marokko (Verankerung in der Verfassung von 1962) und Tunesien, oder die neuen, wie in Ägypten, Algerien oder dem Jemen, von starken Asymmetrien geprägt, weil die jeweilige Regierungspartei wie die tunesische *Rassemblement Constitutionnel Démocratique* (RCD), die ägyptische Nationaldemokratische Partei (NDP), die syrische Baath-Partei oder der jemenitische Allgemeine Volkskongress bei den

9 Arabische Autoren wie Khalil al-Anani, sprechen deshalb vom Wandel der Autokratie zur Oligarchie in einem politisch unliberalen Klima; vgl. al-Hayat, 10.7.2008.

Legislativwahlen überwältigende Mehrheiten erhalten; die Wahlen genügen indes kaum den Kriterien fair und transparent, sondern wurden – wie Axtmann (2007) aufgezeigt hat – oft im Vorfeld durch Wahlgesetzänderungen beeinflusst; der Wahlablauf selbst unterliegt in der Regel Manipulationen (Stimmenkauf) und massiver Wahlfälschung.

3. Seit Ende der 1990er Jahre die Zulassung pluraler Präsidentschaftswahlen (z. B. in Algerien, Tunesien, Ägypten), wobei allerdings die Ausgestaltung der entsprechend zugrunde liegenden Wahlgesetze von vorneherein die Kandidatur potenzieller Persönlichkeiten massiv einschränkte und die Instrumentalisierung des Staatsapparates bei den Präsidentschaftswahlen zugunsten des Amtsinhabers oder des Kandidaten der Regierungspartei zusätzlich die personelle Kontinuität sicherte. Die Amtszeiten der Staatschefs sind deshalb in allen arabischen Staaten, nicht nur den Monarchien, extrem lang – u. a. Qaddafi seit 1969, Mubarak seit 1981, Ben Ali seit 1987 (Bourguiba 1956-1987), Bashir seit 1989 (Numairi 1969-1985), Hafiz al-Asad (1971-2000) etc. – mit der Folge, dass die politische Nachfolgefrage ein extrem sensibler politischer Faktor ist (Faath 2000).[10]

Auffällig hoch ist in der arabischen Welt der Anteil jener Staaten, in denen es keine Parteien gibt (Libyen seit 1977, der Sudan seit 1989, Saudia-Arabien, Bahrain[11], Kuwait, Oman, Katar, die VAE) und folglich andere Mechanismen für die formale politische Willensbildung genutzt werden. In Libyen und im Sudan sind dies direktdemokratisch organisierte Basisvolkskonferenzen, die allerdings unter der politischen Kontrolle von Revolutionskomitees stehen, und in den Golfstaaten dienen Wahlen unabhängiger Personen in die jeweiligen Konsultativräte oder die Beteiligung an „nationalen Dialogen" dazu, die bestehenden traditionalen Herrschaftsstrukturen zu legitimieren.

10 Aktuelles Beispiel ist Ägypten, wo Gamal Mubarak als zukünftiger Präsident aufgebaut wird; dies wäre nach Syrien die zweite „Erbrepublik".

11 Hier sind zumindest „politische Vereine" zugelassen.

3. Ursachen für die Stabilität der autoritären Herrschaft

Die Stabilität der autoritären Herrschaft in den arabischen Staaten und die Frage, warum sich die arabische Welt demokratieresistent erweist, hat in den letzten Jahren zunehmend die Forschung beschäftigt. Unabhängig von der geographischen Herkunft der Autoren (z. B. Schlumberger 2007; Elhadj 2007) wird dabei auf eine Vielzahl von Faktoren hingewiesen, die für das Demokratiedefizit ursächlich sind, zugleich aber auch zu Recht betont, dass es keine monokausale Erklärung gibt, sondern eine Kombination sehr unterschiedlicher Faktoren dafür verantwortlich ist.

Diese Faktoren lassen sich in mindestens fünf Kategorien gruppieren und umfassen neben den generell anzutreffenden ausdifferenzierten Sicherheitsorganen ausgeprägte Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen.[12]

1. *Innergesellschaftliche Faktoren:* Hierzu zählen die in allen arabischen Staaten – wenngleich in unterschiedlicher Weise ausgeprägten – Faktoren Tribalismus (z. B. besonders im Jemen, in Jordanien, Libyen, weniger in Tunesien) und Klientelismus, die die Absicherung des Einzelnen garantieren; der Stamm oder die Großfamilie fungieren als soziale Sicherungseinrichtung und zum Staat besteht ein austariertes Wechselverhältnis zwischen staatlicher Fürsorge (in Form von Posten oder sonstigen Privilegien) und Loyalität.
2. *Religiöse und kulturell-zivilisatorische Faktoren:* Insbesondere Elhadj (2008) weist auf die „Gehorsamswelten" hin, in denen der arabische Bürger sozialisiert wird und die religiös durch Scharia und Fatwas gestützt werden. So hat der Sohn/die Tochter dem Vater zu gehorchen, das Stammesmitglied dem Stammesführer, die Ehefrau dem Vormund/Ehemann, der Gläubige dem Imam, der Bürger der Regierung/dem Herrscher. Ergebnis ist die Unterordnung des Einzelnen unter Autorität, die Kultivierung gesellschaftlicher Anpassung und letztendlich die Angst vor Wandel, von dem man nicht weiß, was er bringt.
3. *Sozioökonomische Faktoren:* Diese Faktoren spielen in mehrfacher Weise eine Rolle, ohne dass diese hier alle ausführlich abgehandelt werden können. Zwei Beispiele seien genannt: Zum ei-

12 Der syrische Philosoph Tayib Tizini spricht deshalb von den arabischen „Sicherheitsstaaten".

nen kann geringe Schulbildung die Akzeptanz der gesellschaftlich dominierenden Gehorsamswelten begünstigen, zum anderen vermögen jene Staaten, die durch Erdölexport, Phosphatabbau oder Kommerzialisierung ihrer geostrategischen Lage über hohe Renteneinnahmen verfügen, leichter Loyalität zu erkaufen, indem sie eine entsprechende staatliche Beschäftigungspolitik betreiben, die Sozialsysteme und Grundnahrungsmittel subventionieren oder durch eine lukrative Perspektiven eröffnende Privatisierungspolitik die Wirtschaftsschicht noch stärker an die politische Führung (und ihr politisches Überleben) binden (Demmelhuber/Roll 2007).[13]

4. *Politische Ordnungsfaktoren:* Der in allen Staaten vorherrschende Neopatrimonialismus oder die historisch nachgewiesenen patriarchalischen Entscheidungsstrukturen durchdringen nicht nur den Staatsapparat, also Regierung, Parlament und Administration, sondern auch die politischen Parteien und die – soweit vorhanden – zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Die durchgängig starke Personalisierung der Entscheidungsstrukturen hat zur Ausprägung des Begriffs *Zaimismus*[14] geführt. Er beschreibt ein politisches System, in dessen Zentrum ein politischer Führer steht, der autokratisch agiert und selbst keinerlei politischen Kontrolle unterworfen ist, allerdings zum politischen Überleben das Prinzip der „sozialen Gerechtigkeit" (*al-adala al-ijtima'iya*) nicht aus den Augen verlieren darf.
5. *Internationale Umfeldfaktoren:* Hierzu zählen mehrere Teilfaktoren, darunter an erster Stelle größere Konflikte (u. a. der israelisch-palästinensische Konflikt, Irakkonflikt, der Sommerkrieg im Libanon 2006), die, wie auch der anhaltende Krieg gegen den Terrorismus, das politische Umfeld belasten. Unter den arabischen Politikern herrscht die einer Ausrede gleichkommende Auffassung, dass interne Reformen ernsthaft erst dann in Angriff genommen werden können, wenn außenpolitisch die Bedrohung beseitigt und die Konflikte gelöst sind. Ein zweiter wichtiger Teilfaktor ist die Tatsache, dass sowohl die USA als auch die EU-Staaten prinzipiell an politischer Stabilität in den arabischen Staaten und an der Sicherung der Ölimporte interessiert sind und von daher eher bereit sind, mit den gegenwärtigen Staatsführungen zusammenzuarbeiten als darauf zu bestehen, dass Reformprozesse mit ungewissem Ausgang eingeleitet werden.[15] Die Forderung nach Demokratie und Menschenrechten hat – und der Barcelona-Prozess seit 1995 ist dafür ein Beispiel – so eher den Rang von Lippenbekenntnissen.

Alle Faktoren zusammen bedingen in jedem einzelnen arabischen Staat eine Kräfte- und Wirkungskonstellation, sodass bisher jeder Versuch einer politischen Transformation, um die politische Mitbestimmung zu stärken und die Staatsführung politisch zu kontrollieren, zum Scheitern verurteilt war. Der Rückschlag in Mauretanien im August 2008 kann deshalb nicht wirklich erstaunen, denn lokale Politiker waren sich selbst über die ungünstigen Voraussetzungen einig, zusammengefasst in den an Parlamentspräsident Ould Boulkheir gerichteten Worten: „We're in the Arab world, man. Forget democracy."[16]

4. Perspektiven

Die Perspektiven für eine Demokratisierung der politischen Systeme in der arabischen Welt sind weder kurz- noch mittelfristig günstig. Ursachen hierfür sind neben dem ungelösten Konflikt in Palästina und der anhaltend unbefriedeten Lage im Irak die Rückwirkungen auf die Innen- und Außenpolitik zahlreicher Staaten des Maschrek haben, die sich aus dem oben dargestellten Faktorenbündel ergebenden Grenzen sowohl für die interne Reformfähigkeit als auch für die externe Demokratieförderung. Die in arabischen Medien als „Kreuzzug des Westens" betitelten westlichen Demokratisierungsinitiativen und die propagierte Gefahr für die nationale Souveränität behindern maßgeblich Aktivitäten von Einrichtungen wie der US-amerikanischen *National Endowment for Democracy*, dem *National Democratic Institute*, der *European Foundation for Democracy* oder der bundesdeutschen politischen Stiftungen. Ihnen wird – ob von König Mohammed VI. oder Präsident Mubarak – das Diktum

13 Vgl. hierzu auch Smith, Benjamin: The wrong kind of crisis: Why oil booms and busts rarely lead to authoritarian breakdown, in: Studies in Comparative International Development, New York, Nr. 4, 2006, S. 55-76.

14 Abgeleitet vom arabischen Wort *za'im* (Führer); Zaimismus ist die arabische Variante des Begriffs „Sultanismus" , der in die Politikwissenschaft Eingang gefunden hat; vgl. Ganji, Akbar: The struggle against sultanism, in: The Journal of Democracy, Washington, D.C., Nr. 4, 2005, S. 38-51.

15 Diese Auffassung war nur in einer kurzen Phase nach dem 11.9.2001 in Frage gestellt worden, als Demokratisierung als Mittel im Kampf gegen Terrorismus eingestuft wurde. Spätestens mit dem Wahlsieg der radikalislamistischen Hamas in Palästina 2006 setzte aber schon wieder ein Umdenken ein.

16 Al-Masry al-Youm, Kairo, 15.8.2008.

von den Reformen im Rhythmus der lokalen Gepflogenheiten gegenübergestellt (Faath 2005). Daraus ergibt sich die verbreitete Auffassung, dass die arabische Welt keinen Bedarf an „großen Slogans" habe,[17] sondern eine Agenda kleiner Reformschritte brauche, die berücksichtige, dass bislang bei den Individuen „demokratisches Bewusstsein" fehle. „Man kann Demokratie nicht einfach irgendwo implantieren, wie Bush das möchte. Demokratie kann nur erreicht werden, wenn das Individuum demokratisch wird, der Mann gegenüber seiner Frau, die Eltern gegenüber den Kindern, die Kinder gegenüber den Tieren und alle zusammen gegenüber der Natur" – schreibt in diesem Zusammenhang der somalische Schriftsteller Nuruddin Farah.[18] Dieser Kampf für Pluralität und gegen Gehorsamswelten ist aber eine Herkulesaufgabe, die mit Sicherheit keine kurzfristigen Ergebnisse zeitigt.[19]

Literatur

Axtmann, Dirk (2007): Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika. Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004, Wiesbaden.

Büren, Rainer (1970): Die Arabische Sozialistische Union, Opladen.

Büren, Rainer (1972): Nassers Ägypten als arabisches Verfassungsmodell, Opladen.

Carnegie Endowment for International Peace: Arab Political Systems: Baseline Information and Reforms, Washington, D.C., www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=16918&prog=zgp&proj=zdrl,zme.

Demmelhuber, Thomas/Roll, Stephan (2007): Herrschaftssicherung in Ägypten. Zur Rolle von Reformen und Wirtschaftsoligarchen, SWP-Studie, Berlin.

El Alaoui, Hicham Ben Abdallah (2008): Les régimes arabes modernisent … l'autoritarisme, in: Le Monde Diplomatique, Paris, April, S. 10-11.

Elhadj, Elie (2007): The Islamic shield. Arab resistance to democratic and religious reforms, Boca Raton, Florida.

Faath, Sigrid (2000): Konfliktpotential politischer Nachfolge in den arabischen Staaten, Hamburg.

Faath, Sigrid (Hg.) (2005): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost, Hamburg.

Pratt, Nicola (2007): Democracy authoritarianism in the Arab world, Boulder, Col.

Ottaway, Marina / Choucair-Vizoso, Julia (Hg.) (2008): Beyond the façade: Political reform in the Arab world, Washington, D.C.

Ottaway, Marina / Dunne, Michele (2007): Incumbent regimes and the „King's dilemma" in the Arab world. Promise and threat of managed reform, Carnegie Papers 88, Washington, D.C.

Schlumberger, Oliver (2007) (Hg.): Debating Arab authoritarianism. Dynamics and durability in nondemocratic regimes, Stanford, Cal.

Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden.

17 Réalités, Tunis, 21.8.2008.

18 Gespräch, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.8.2008.

19 Folglich meint der ägyptische Menschenrechtler Ayman Hamza in Al-Masry al-Youm, 21.7.2008: „Egypt needs 20-40 years to establish democracy."

Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiete: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *soft-security*-Probleme.

E-Mail: mattes@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/mattes.

Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema.

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 („Legitimität und Effizienz politischer Systeme“) beschäftigt sich im Rahmen des Analysefeldes „Herrschaftsausübung und Regieren in außereuropäischen Kontexten“ mit autoritären Regimen; Ende 2007 wurde zu diesem Thema eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet (vgl. hierzu auch GIGA Focus Global Nr. 6/2008). Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 2 („Gewalt, Macht und Sicherheit“) beschäftigt sich im Rahmen des Analysefeldes „Macht, Konflikt und Sicherheit in den regionalen und internationalen Beziehungen“ mit den Reaktionen so genannter Pariastaaten auf externen Druck.

GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Faath, Sigrid (Hg.) (2008): Kontrolle und Anpassungsdruck. Zum Umgang des Staates mit Opposition in Nordafrika/Nahost, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/index.php?file=teilprojekt_1.html&folder=imes/menastabilisierung.

Fürtig, Henner (Hg.) (2007): The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence, Newcastle.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime -- keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, GIGA Focus Global Nr. 6.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

GIGA Focus

German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien